

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lueders,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Haj,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im Agr. Sachsen  
u. Erzst. Sachs.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Veranstaltungen betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergnügungs-  
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 74. Sonntag, 28. Juni. 1874.

## An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Juli Sei-  
tens einer Postexpedition, wollen sich die Betroffenen auf das Circular  
vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonne-  
ments auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum  
Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

## Politische Uebersicht.

— Aus Braunschweig schreibt man der „Frankfurter  
Zeitung“:

Ein hiesiges Blatt brachte dieser Tage, augenscheinlich in  
Folge einer Indiscretion, Auszüge aus einem nicht für die Öffent-  
lichkeit bestimmten Aktenstücke, welche das größte Aufsehen in allen  
hiesigen Kreisen erregten, und seitdem das Tagesgespräch bilden.  
Es handelt sich um einen vertraulichen Bericht, welchen Herr Ober-  
baurath Schaffner, Direktor der braunschweig. Eisenbahnen, an das  
Direktorium der Berlin-Potsdam-Magdeb. Eisenbahn erstattet hat.  
Die braunschweig. früheren Staatsbahnen sind bekanntlich seit einigen  
Jahren an eine Aktiengesellschaft übergegangen. Die Aktien sind  
jedoch nicht in die Hände des Publikums gelangt, sondern be-  
finden sich ausschließlich in den Händen der Berlin-Potsdam-  
Magdeburger und der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaften,  
welche also gewissermaßen Eigentümer unserer Bahnen geworden  
sind. Wegen der Verkaufserlöse sind damals alle Einkünfte  
im Lande. Die im Lande herrschende nationalliberale Partei  
wusste jedoch diese Manipulation durchzubrechen; mit welchem Er-  
folg für die wahren Interessen des Braunschweigischen Staates,  
steigt sich bereits jetzt. Wie bei allen Eisenbahnen ging auch die  
Rentabilität der Braunschweigischen Eisenbahnen in den letzten  
Jahren zurück. Gehörten die Bahnen nun noch dem Staate, so  
würde man einfach wieder bessere Zeiten abwarten, und durch einen  
möglichst rationalen (vernünftigen) Betrieb auf eine Steigerung  
der Erträge hinarbeiten. Den neuen Eigentümern der Bahnen  
sind aber die Interessen des Braunschweigischen Landes im hohen  
Grade gleichgültig. Ihr Zweck bei der Erwerbung der Bahn war  
nur Ausdehnung ihrer Herrschaft auf eine möglichst lange Linie  
und die Erzielung einer möglichst großen Rente. Können sie die-  
selbe nicht mittelst großer Einnahmen erzielen, so soll es mittelst  
Verabschönerung der Ausgaben bewirkt werden: einerlei, ob dadurch  
die größten Calamitäten für die Bevölkerung und die Beamten  
herbeigeführt werden. Was wir in dieser Beziehung aus dem  
Eingang erwähnten vertraulichen Aktenstücke ersehen, ist wahrhaft  
haarsträubend. Dasselbe enthält die Vorschläge, welche die Direktion  
nach Berlin, jeder falls in Folge erhaltener Aufforderung, gemacht  
hat, um möglichst viele Erparnisse zu erzielen. Vorgeschlagen wird  
u. A. eine Verminderung der Bahnwärter, Verminderung der  
Arbeiterkolonnen und Ausmerzung der alten Leute,  
Herabsetzung der Arbeitspreise. Es wird eingeräumt, daß  
der Verkehr durch diese Maßregeln „an die Grenze der Sicherheit  
und Zweckmäßigkeit getrieben werde, also mehr denn je der Ge-  
fahr ausgesetzt sei, diese Grenze zu überschreiten.“ Abgesehen von  
dem Mangel an Humanität, den diese Vorschläge beinhalten, schreit  
die Verwaltung der Eisenbahngesellschaft aus nicht davor zurück,  
die Sicherheitsmaßregeln bis an die äußerste Grenze zu  
verringern, um eine möglichst große Rente herauszu-  
zuziehen. Das sind die vielgerühmten Vortheile des Privat-  
betriebs gegenüber dem Staatsbetrieb! Hoffentlich werden die  
braunschweigische Regierung sowie das Reichseisenbahnamt diese  
der Gesellschaft gewiß sehr unliebsamen Enthüllungen nicht ad  
acta legen, sondern eine umfassende und strenge Untersuchung über  
den Betrieb der braunschweigischen Bahnen einleiten und deren  
Resultat veröffentlichen. Eile thut hier umso mehr noth, als die  
in Vorschlag gebrachten Maßregeln schon am 1. Juli ins Leben  
treten sollen.

Wir theilen die Hoffnungen des Braunschweiger Corresponden-  
ten nicht. „Ausmerzung der alten Leute“ und möglichstes  
Hinausschrauben der Renten und Dividenden — das entspricht ja  
vollständig den Interessen und Tendenzen der heutigen Gesell-  
schaft, daß die Braunschweiger Regierung sich schwerlich zum Ein-  
schreiten veranlaßt fühlen wird. Und wenn, so kommt nichts da-  
bei heraus. Ja, hinweg mit den alten ausgepreßten Citronen,  
die keinen Saft mehr liefern können, hinweg mit ihnen und neue  
herbei zur neuen Auspressung. Für alte Proletariat ist „der Tisch  
der Gesellschaft nicht gedeckt!“ Der Moloch der modernen Pro-  
duktion will junges Menschenfleisch haben. Und die Gesellschaft  
wird's ihm liefern. Denn nur, wenn der Moloch der Produktion  
saftiges Menschenfleisch verschlingt, gibt er hohe Dividenden von  
sich, denken die „humanen“ Herren Bourgeois. Darum fort mit  
den Alten! Wägen sie verhungern — und bleibt ja der „Ge-  
winn“. Das ist auch ein Stück „Moral“ von heute!

— Ueber die Verhaftung von Andreas Scheu, welche kürzlich  
wieder die Staatsnachwächter Oesterreichs zur Rettung der Ge-  
sellschaft notwendig gefunten haben, erzählt die „Gleichheit“:  
„Andreas Scheu hat, wie unseren Genossen bekannt ist,  
schon vor ungefähr drei Monaten seinen Entschluß, Oesterreich zu  
verlassen, ausgesprochen und auch die Motive dafür öffentlich in  
der „Gleichheit“ mitgetheilt. Durch die Abwicklung verschiedener  
Verhältnisse verhindert, konnte er erst Mitte vorigen Monats an  
die Ausführung dieses Entschlusses gehen, ließ sich aber noch vor-  
her durch das Andringen vieler Freunde bewegen, einige Arbeiter-  
kreise Böhmens und Währens zu besuchen, um dort für die social-  
demokratische Partei in wirklicher zu berufene Ver-

sammlungen in Brünn, Proßnitz und Brünn wurden verboten,  
ihn selbst ereilte am 31. Mai in Brünn das Schicksal der Ver-  
haftung, weil die Behörde herausgebracht, daß er bei der regel-  
mäßig jeden Sonntag im Brünnener Fachverein der Manufactur-  
arbeiter stattfindenden Besprechung diesmal eine Rede zu halten  
beabsichtige. Er wurde, nachdem er einen ganzen Tag in der  
Gendarmenleaserne aufbewahrt gewesen, fünf Wegstunden weit nach  
Mährisch-Trübau transportirt, bis ihn das Bezirksgericht zu Zwi-  
tau wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes  
zu einer achtzähligen Arreststrafe verurtheilte. Ferner wurde er  
für immer und ewig aus dem Bezirke Mährisch-Trübau ausge-  
wiesen.

In Mährisch-Trübau erfuhr Scheu, daß von Wien aus an  
sämmliche Bezirkshauptmannschaften ein Circularschreiben  
ergangen war und denselben darin argornet wurde, Scheu auf  
jede Weise unschädlich zu machen. Da ihm somit in sämmtlichen  
Bezirken Mährens das gleiche Schicksal drohte hätte, verzichtete  
Scheu selbstverständlich auf jede weitere Wirksamkeit und wollte  
sich auf seiner Reise nach Deutschland nur noch in Prag aufhalten,  
wo, wie wir durch die Wiener Blätter erfahren, ihn abermals  
das Schicksal der Verhaftung ereilte. Gleichzeitig mit ihm soll  
auch der „Arbeiterführer“ From (?) aus Brünn verhaftet und  
zahlreiche Hausdurchsuchungen bei tschechischen Arbeitern vorgenom-  
men worden sein. Und die ehrenwerthe Wiener „liberale“ Presse  
weiß zu erzählen von der Entdeckung einer „geheimen Verbindung“,  
von „kompromittirenden Papieren“, die Scheu bei sich geführt habe,  
von einem „geheimen slavischen Arbeiterbunde“ und ähnlichen in  
der Fantasie der Polizeigenanten und der Zeitungsnostriker entstan-  
denen schönen Dingen und erzählt mit rührender Einstimmigkeit,  
daß es bereits festgestellt sei, daß die Arbeiter-  
partei „Volksstimme“ unter Hinweis auf die Be-  
schlüsse des Haager Congresses der Internatio-  
nale den Anschluß an die geheime Organisation mit  
der Motivierung zurückgewiesen habe, daß ein  
Geheimbund den Grundsätzen der Arbeiterpartei,  
welche die Öffentlichkeit nicht scheuen dürfe,  
widerspreche.“

Gegen dieses widerliche Gezeiger der Wiener Denunzianten-  
presse erläßt Parteigenosse Tauschinski in Graz folgende Er-  
klärung:

„Graz, am 14. Juni 1874.  
Erklärung.“

1. Der Arbeiter-Delegirtenstag zu Reudöfl in Urgarn am 5.  
und 6. April d. J. war kein Konventikel einer einzelnen Fraktion,  
sondern der Kongress der Delegirten der gesammten Arbeiterschaft  
von ganz Oesterreich, welche in öffentlicher, der Behörde ange-  
meldeiten Versammlungen gewählt wurden. Es erschienen am  
Delegirtenstage 74 Vertrauensmänner, welche die große Majorität  
der arbeitenden Klasse in Oesterreich repräsentirten und ihre Be-  
schlüsse nahezu mit Stimmeneinheit faßten. Mehrere Orte, welche  
nicht in der Lage waren, Delegirte zu schicken, haben noch nach-  
träglich ihre volle Zustimmung zu den Beschlüssen gegeben.

2. Es ist unwar, daß der Delegirtenstag einen Geheimbund  
der Arbeiter beschloffen hat. Vielmehr habe ich selbst die verein-  
barten Beschlüsse noch am 6. April in Wiener-Rustadt, in einer  
öffentlichen Versammlung in Gegenwart des Regierungsvertreter  
proklamirt, ebenso am 20. April in Graz und am 3. Mai in  
Marburg. Dasselbe geschah von Seite anderer Parteigenossen an  
vielen Orten in den verschiedenen Kronländern von Oesterreich.

3. Die österreichische Arbeiterpartei, welche zunächst nach der  
politischen Gleichstellung ihrer Mitglieder mit allen übrigen Staats-  
bürgern ringt und sich zur Erreichung dieses Zweckes auf den  
Boden der Staatsgrundgesetze stellt, strebt offen und rechtmäßig  
die Durchführung ihrer Prinzipien an und verschmäht jede Art  
von Geheimbund und Verschwörung.  
Als der von den vorgenannten 74 Vertrauensmännern ein-  
stimmig gewählte Präsident des ersten österreichischen Arbeiter-  
Delegirtenstages sehe ich mich daher verpflichtet, gegen die Ver-  
dächtigung geheimbündlerischer Tendenzen im Namen der Partei  
sowohl und energisch Protest zu erheben.  
Graz, am 14. Juni 1874.

Dr. Hippolyt Tauschinski.

Daß das Vorgehen der österreichischen Polizei die Folge einer  
Denunziation, ist ebenso zweifellos, als daß diese Denunziation  
in Wien bewerkstelligt worden ist. Wir enthalten uns einstweilen  
weiterer Bemerkungen, indem wir nur noch hinzufügen, daß der  
Denunziant, welcher die Polizei auf die Beine gebracht hat, und  
der Schmutzliterat, welcher die Wiener Bourgeois- und Polizei-  
presse („Morgenpost“, „Neues Wiener Tageblatt“, „Neue freie  
Presse“ u. s. w.) mit den Hejariiteln gegen Scheu und gegen die  
Sozialdemokratie versorgt, unserer Ueberzeugung nach ein und die-  
selbe Person sind. Vielleicht kommen wir später dazu, über  
diese Sache „etwas mehr Licht“ zu verbreiten.

— In Neupest fanden vor einiger Zeit Unruhen statt, bei  
welchen das Militär einschritt. Den Anlaß hatte die Inhaftirung  
eines Steuerzahlers wegen rückständiger 2 fl. gegeben, sowie der  
Umstand, daß der Arme tod im Gefängniß gefunden wurde. Be-  
kanntlich war das Gemeindehaus gestürmt worden und dabei in  
Flammen aufgegangen. Es sind über 90 Menschen verhaftet  
worden, die jetzt 3 1/2 Monate in Untersuchungshaft sitzen. Zu  
dem Prozeß, der am 22. Juni endlich begann, sind über 150  
Zeugen geladen und siebenzehn Verteidiger von Amtswegen er-  
nannt worden. Da werden wir also wieder einmal eine „juristische“  
Staatskreterei in größerem Stil zu sehen kriegen.

— Die neueste Heldenthat der bayrischen Polizei datirt sich  
aus „München, 19. Juni. Bekanntlich wurde in München von  
Seiten der Sozialdemokraten eine Agitation gegen die Bierpreis-  
erhöhung ins Leben gerufen. Ein Münchener Bierwirth wollte  
nun durch Plakate eine Bekanntmachung erlassen, daß er das Bier  
zu einem billigeren Preise abgebe. Die Polizeidirektion verweigerte  
jedoch die gesetzlich vorgeschriebene Abstempelung der Plakate, da  
dieselben als Demonstration zu betrachten seien und es scheinen  
könne, daß durch Abstempelung derselben die Polizei im Kampfe  
der Sozialdemokraten gegen die Brauer auf Seiten der Sozial-  
demokraten stünde. Wir halten diese Weigerung für ebenso lächer-  
lich als ungesetzlich, und können durchaus keinen gesetzlichen Grund  
finden, welcher der Polizeidirektion zur Seite steht, wenn sie die  
geschäftliche Anzeige eines Gewerbetreibenden dadurch unterdrückt,  
daß sie die nöthige Abstempelung verweigert.“

— Noch immer keine Aussicht auf Beendigung des Strikes und  
Lockouts der englischen Landarbeiter. Die Farmer wollen  
um jeden Preis die Arbeiterorganisation brechen und nach dem  
letzten „Beehive“ scheint es auch, als ob sie ihren Zwed zunächst  
erreichen würden. Jedensfalls hat sich die Hoffnung der Arbeiter,  
die Farmer würden durch die Aussicht auf die bevorstehende Ernte  
milde gemacht werden, als trügerisch erwiesen. Im englischen  
Kohlen- und Eisengewerke Fortdauer, theilweise Ausdehnung  
der alten, und Ausbruch neuer Strikes und Lockouts.

— Wir hatten in Nr. 72 irthümlich gemeldet, Parteigenosse  
Levendeker aus Mainz habe eine Gefängnißstrafe von drei  
Monaten angetreten; nicht Levendeker sondern Parteigenosse Bier-  
fas aus Mainz ist der Inhaftirte und hat derselbe auch nur zwei  
Monate Gefängniß zu verbüßen. Ueber die Behandlung, die  
Bierfas wiederfährt, raunt man sich eigenthümliche Dinge ins Ohr,  
so eigenthümlich, daß wir an der Richtigkeit der Nachrichten Zweifel  
hegen würden, wenn wir sie nicht in der „Südd. Volksstimme“  
bestätigt fänden. Die „Südd. Volksst.“ schreibt hierüber:

„Von zuverlässiger Seite geht uns soeben die Nachricht zu,  
daß unser Parteigenosse Bierfas, welcher bekanntlich eine zwei-  
monatliche Gefängnißstrafe verbüßt, der rohesten Behandlung  
seitens der Gefängnißverwaltung preisgegeben ist. Bierfas  
theilt mit 22—25 Mitgefangenen eine Zelle. Die Selbst-  
befähigung wurde ihm gleich von vornherein abgeschlagen; er muß  
mit der gewöhnlichen Gefängnißkost verleben nehmen, worunter Brod  
und Wasser den Vorrang haben. Von der sonntäglichen Kirchen-  
parade und dem öffentlichen Kirchengehänge hat Bierfas verschont zu  
bleiben, allein statt dessen wurde ihm für mehrere Tage das  
Tragen von Ketten an Händen und Füßen in Aussicht ge-  
stellt, wenn er nicht sofort Gehorsam leistet. Bierfas ist auch jede  
Möglichkeit genommen, schriftliche oder mündliche Beschwerde gegen  
solche Mißhandlung bei der Staatsbehörde führen zu können. Wir  
bringen in nächster Nummer ausführlichen Bericht über die Be-  
handlung des Parteigenossen Bierfas im hiesigen Gefängniß, er-  
warten indeß, daß diese Notiz die zuständige Staatsbehörde schon  
veranlassen wird, um die geeigneten Schritte zur Abhilfe dieses  
Mißstandes zu thun.“

Wir werden nicht ermangeln, unsern Lesern die weiteren Be-  
richte der „Südd. Volksstimme“ zur Kenntniß zu bringen.

— Zum Prozeß Most ist noch nachzutragen, daß auch der  
Staatsanwalt Lessendorff gegen die Verurtheilung Most's zu an-  
derthalb Jahren Gefängniß Berufung eingelegt hat, weil ihm —  
das Strafmaß zu gering ist. Herr Lessendorff muß sehr schlechte  
Begriffe von den „Berliner Richtern“ haben, sonst könnte er einem  
Gerichtshof nicht mit solchen Zumuthungen kommen.

— Man berichtet uns aus Berlin:  
„Bon der 7. Deputation des Criminalsenats wurde heut  
(25.) Parteigenosse Körner, Maurer, wegen „Majestätsbeleidigung“  
zu vier Monaten verurtheilt; der Staatsanwalt (Schüb) hatte ein  
Jahr beantragt. Körner wird natürlich appelliren. Näherer Be-  
richt folgt.“

— Wir lesen im „Dresdner Volksbote“:  
„Eine höchst auffällige Nachricht bringen die „Dresdner Nach-  
richten“, indem sie berichtend mittheilen: „Die Ausweisung des  
Sozialdemokraten Auer sei von der kgl. Reichsdirektion zu Dres-  
den nicht bestätigt, sondern der Refus Auer's nur, weil Letzterer  
bereits die Stadt verlassen hatte, für gegenstandslos erklärt  
worden.“ Das ist nun in der That mehr als absonderlich.  
Die Ausweisung hat bekanntlich eine Kraftdauer von 1 Jahre,  
binnen welchem es Auer durchaus nicht gleichgültig sein könnte,  
ob er sich als ausgewiesen zu betrachten hat oder nicht. Wie man  
im Angesichte solcher Sach- und Rechtslage einen Ausweisungs-  
beschluß für gegenstandslos erklären kann, weil der Betroffene die  
Stadt verlassen, ist um so unerfindlicher als bekanntlich nach dem  
schönen deutschen Freizügigkeitsgesetze eine Ausweisung in Dresden  
hundert andere Ausweisungen nach sich ziehen kann.“

## Gewerkschaftliches.

Metallarbeitergewerkschaft.

Chemnitz, 23. Juni. Da nunmehr der von der zu Magde-  
burg an den Pfingstfeiertagen stattgefundenen Generalversammlung  
nach Braunschweig verlegte Borort seine Ausschusswahl vorgenom-  
men und als Geschäftsführer C. H. Müller, Scharrnstraße 22

Treppen, als Hauptkassirer H. Röring, Wohlweg 47 im Hinterhaus 2 Treppen, beide in Braunschweig, gewählt wurden, diese hiermit zur nochmaligen Kenntniss, daß vom 1. Juli d. J. die Thätigkeit des hiesigen Ausschusses erlischt und die des Braunschweigischen in Wirksamkeit tritt. Es sind also von nun an alle weiteren Berichte an die oben angegebene Adresse abzusenden, und wird hiermit die Erwartung ausgesprochen, daß sämtliche Bevollmächtigte in kürzester Zeit einen Bericht über ihre dormaligen Verhältnisse an den neuen Ausschuss einreichen, damit derselbe gleichzeitig eine allgemeine Uebersicht bekomme. Zugleich wird das Ersuchen gestellt, dem neuen Ausschuss in weitgehendstem Masse in agitatorischer als auch organisatorischer Beziehung zur Seite zu stehen; Mitglieder, welche sich hierzu eignen und ihre Plätze wechseln, mögen demselben jederzeit Mittheilung davon machen. Der Ausschuss ist überhaupt in jeglicher Weise zu unterstützen, denn nur dann, wenn alle Mitglieder ihre Schuldigkeit thun, wird es dem Ausschuss möglich sein, allen an ihn gestellten Anforderungen zu genügen. Ferner: Da die von der Generalversammlung bestimmte Anzahl von dem in Druck zu gebenden Protokolle nicht ausreichen möchte, jedoch ein Ueberschuss auch zu vermeiden ist, ergeht hiermit die Aufforderung an die Bevollmächtigten, durch Aufstellung einer Liste die genaue Anzahl des Bedarfs festzustellen, welche dann gegen Vergütung an die Mitglieder abzugeben sind, und sind solche ungesäumt dem neuen Ausschuss zu übersenden, damit der Druck nicht verzögert werde. Zugleich sind noch folgende Adressen bekanntzugeben: Mitgliedschaft München: Bevollmächtigter Konrad Jäger, Sendlingerlandstraße 88 rückwärts; Mitgliedschaft Pforzheim: Jacob Penz, Am Mühlbach 156, 2 Treppen. Indem der bisherige Ausschuss noch seinen Dank anspricht für das im vergangenen Geschäftsjahre ihm allseitig entgegengebrachte Vertrauen, fordert derselbe nochmals zu einem energischen Eintreten für unsere gerechte Sache auf und zeichnet mit Gruß und Handschlag.

Für den bisherigen Ausschuss:  
Richard E. J. Wolf.  
N. S. Alle mich persönlich betreffenden Correspondenzen treffen mich bis auf weitere Bekanntmachung unter bisheriger Adresse, Poststraße 34 part.

**Gewerkschaft der Schuhmacher.**  
**Sofha.** An die Schuhmacher Deutschlands. Obwohl wir bis jetzt von unserer deutschen Gesetzgebung nicht die Ueberzeugung gewinnen konnten, daß dieselbe möglichst alleseitig die Interessen aller Staatsglieder wahrnimmt und von der Mehrzahl der Vertreter des deutschen Volkes wenig Erspriechliches für die Arbeiterklasse zu erwarten ist, so müssen wir doch angesichts dessen, daß ein für die Arbeiter so wichtiges Recht, das Recht der Coalition gefährdet ist, unsere Stimme laut und vernehmlich gegen die Beschränkung desselben durch das Contraktbruchgesetz und Einführung der Arbeitsbücher erheben.

Wir fordern deshalb die Mitglieder allerorts auf, öffentliche Schuhmacher-Versammlungen abzuhalten, nachstehende Resolution zu diskutieren, zur Annahme zu empfehlen und mit zahlreichen Unterschriften zu versehen, entweder direkt an das Präsidium des Reichstags zu senden, oder uns zu übermitteln.  
**Resolution:** In Erwägung, daß die soziale Ungleichheit dem Arbeitgeber über den Arbeiter eine sehr wesentliche Wachstumsverleiht; in Erwägung, daß die von den Arbeitgebern Deutschlands, vom hohen Reichstage gewünschte Einführung des Contraktbruch-Gesetzes und Einführung der Arbeitsbücher die Interessen der Arbeiter schwer schädigt, deren individuelle Freiheit auf tiefste Maß herabdrückt, wenn nicht ganz beseitigt, und in fernerer Erwägung, daß durch das Eingreifen der Gesetzgebung in die individuelle Freiheit der Arbeiter zu Gunsten der Arbeitgeber der soziale Unfrieden nur noch mehr genährt, anstatt vermindert würde, protestieren die Unterzeichneten gegen die Einführung genannter Einrichtungen und erwarten vom hohen Reichstage eine ebenso große Berücksichtigung ihrer Wünsche, als die der Gegner.  
Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen in die Agitation gegen das Contraktbruchgesetz eintreten.

In Würzburg ist Bevollmächtigter Karl Heinrich, bei Preisendorfer, Dominikanergasse 9; Kassirer W. Bauer, bei Geisel, Kürschnerhof 9. Ferner bringen wir zur Kenntniss der Bevollmächtigten der unierten Gewerkschaft, daß am 1. Juli Eintretende erst nach 6 Monaten das Recht der Unterscheidung erlangen.  
Die Redaktion der „Union“ wird gebeten, dies gleichfalls in der „Union“ zu veröffentlichen.  
Nochmals erinnern wir, daß bis spätestens den 8. Juli sämtliche Mitgliedschaften für April, Mai und Juni abrechnen müssen und 1 Quartals-Formular einzusenden haben. Im Formular ist jede Frage auszufüllen.  
Der Hauptkassirer A. Köllin wohnt Hügelgasse 16.  
Für die Verwaltung: W. Bod, Berg 34.

**Biesbaden, 20. Juni.** Der Strife dauert anhaltend fort; die Arbeitgeber wollen sich nicht dazu bequemen, auf unsere billige Forderung einzugehen; es liegt lediglich bei diesen Herren, sich von ihren Arbeitern eine Forderung stellen zu lassen. Es haben 130 Mann die Arbeit niedergelegt, davon sind 30 Mann abgereist. Der Geist unter den hiesigen Kollegen ist ein guter; wir werden anhalten bis aufs Aeußerste. Kollegen! Wollen wir unsere gerechte Forderung durchsetzen, so tritt an Euch die Pflicht heran, uns nach Kräften zu unterstützen und den Bezug strengstens fernzuhalten.  
Alle Gelder wolle man senden an Ludwig Elz, per Adresse Friedrich Petermann, Metzgergasse Nr. 37.  
Für das Comité: Hermann Friedrich.

**Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**  
**Braunschweig, 21. Juni.** Die Abstimmung darüber, wo und wann die Generalversammlung abgehalten werden soll, hat folgendes Resultat ergeben: Leipzig für Halle a/S., Mitte August; Berlin für Halle a/S., 1. bis 15. August; Konstanz für Halle, Mitte August; München ist mit den Vorschlägen der Controlcommission einverstanden. Bei einem solchen Resultat kann der Ausschuss den Ort, wo die Generalversammlung abgehalten werden soll, nicht bekannt geben. Es ist notwendig, daß jede Mitgliedschaft einen Delegirten entsendet, und wenn dies den einzelnen Mitgliedschaften nicht möglich ist, müssen sie sich durch einen anderen Delegirten vertreten lassen. Wenn man in einigen Mitgliedschaften darauf hinarbeitet, die Bevollmächtigten, Kassirer und Beitragsammler von der Beitragspflicht zu befreien, wo selbst der Ausschuss seine Beiträge zahlt, dessen Geschäftsführer und der Kassirer sich abmühen müssen, da sollte man meinen, daß von jedem Orte, mögen der Mitglieder auch nur wenige sein, doch Willensäußerung zu hoffen sei. Kollegen, nochmals rufen wir Euch zu: es ist diese bevorstehende Generalversammlung wichtig, und darum notwendig, daß Ihr Alle vertreten seid. Deshalb muß auch jede Mitgliedschaft bestimmen, wo und zu welcher Zeit

die Genossen sich beieilen müssen. Anträge können schon jetzt an dieselbe stattfinden soll. Die Zeit ist soweit vorgeschritten, daß Unterzeichneten eingeladen werden. Der Bevollmächtigte für Wolfenbüttel ist H. Thiele, Längerzogsstr. Nr. 29; Kassirer G. Vond a, Kannengießerstraße.

Für den Ausschuss: F. Mumme.

**Correspondenzen.**

**Leipzig, 25. Juni.** (Der Lindwurm in Leipzig.) Bisher hatten wir uns vorgenommen, den Namen des „Volkstaat“ für den Lindwurm nicht in Anspruch zu nehmen: einmal deshalb, weil unsere Leser schon genügend über denselben unterrichtet sind, sodann aber, weil wir meinen, es sei den „Arbeitgebern“ des Dr. Lindwurm zu viel Ehre angethan, wenn man sich mit ihrem bezahlten „Wortzeuge“ beschwängt. Ein halbwegs vernünftiger Arbeiter, der den Dr. Lindwurm einmal „gehört“ hat, wird ganz sicher „belehrt“ sein, nicht nur über diesen selbst, sondern auch über die Gesellschaft, für die er „arbeitet“, und über deren Interesse, diese Gesellschaft allerdinge das Volk „bilden“ nennt. Wenn wir nun von diesem unsern Eingang erwähnten Entschlusse abgehen und der Anwesenheit des Dr. Lindwurm in dem Göthe'schen Klein-Paris, wollen sagen Bismarck'schen Klein-Berlin gedenken, so sind wir dazu veranlaßt, durch die Unverschämtheit, mit der die hiesigen Organe der „öffentlichen Meinung“, Leipziger Tageblatt und ditto „Nachrichten“ den „Vortrag“ des Doktors zu einem Ereigniß aufzupuffen versuchen, und die Freiheit, mit der sie die Thatsachen verdrehen, um den verhassten Sozialdemokraten wenigstens nachträglich noch ein andwichen zu können. Statt aller Entgegnung auf den spaltenlangen Kool der „Sanhirten“ des „Tageblattes“ und der „Nachrichten“ (Referent des Ersten, wenn wir uns in der Person nicht irren, ein hiesiger Dr., Betselpatriot und natürlich „Reichsfreund“) berichten wir nachträglich in aller Kürze über diese „Versammlung“, den angeblichen „Vortrag“, als nicht erwähnenswerth (denn das wenige Wahre, was der Dr. seinen Zuhörern bot, kugelt er und Consorten doch bei Gelegenheit wieder) unberührt lassend.

Einberufen hatte die „Versammlung“ der „Ortsverein der Tischler und Berufsgegenossen“ (Couleur Hirsch) in ein Lokal, das ca. 40 Personen faßt, die denn auch anwesend waren. Die reichliche Hälfte waren Gäste, vorwiegend Sozialdemokraten. Als der Dr. Lindwurm seinen „Vortrag“ — der, wir erklären dies ausdrücklich, durch die anwesenden Sozialisten nicht gestört wurde — glücklich herunter hatte, erklärte der „Herr“ Vorsitzende, daß eine Diskussion über das Gehörte nicht zulässig sei (war das Instinkt, Herr Vorsitzender?) der Herr Dr. aber etwaige Fragen, den „Vortrag“ betreffend, gern beantworten werde. Diese Erklärung rief allerdings eine gewisse Aufregung hervor, und Zaruse, wie „man scheint sich vor einer Diskussion zu fürchten“, wurden laut; doch beruhigte man sich bald wieder, und auf die wiederholte Anfrage des Vorsitzenden, ob denn gar Niemand etwas zu fragen habe, fiel endlich — nicht etwa ein Sozialist, bewahre! — ein Leipziger Anwalt und Stadtverordneter (dem wir den ausgesprochenen Wunsch, seinen Namen nicht zu nennen, resp. ihn nicht im „Volkstaat“ herumzueren“ hiermit gewähren) hinein, indem er sich zum Worte meldete, jedoch nicht, wie befohlen, zu einer Frage, sondern zu Erörterungen, welche eine Debatte zwischen ihm und einigen Sozialisten hervorriefen, in die sich der Lindwurm und der „Herr“ Vorsitzende unersahener Weise hineinmengen. Die zum Worte gelangenden Sozialdemokraten gaben übrigens die Erklärung ab, daß sie über den gehörten „Vortrag“ nichts zu sagen hätten, einfach deshalb, weil es sich nicht der Mühe lohne, darauf einzugehen (sollten Sie das nicht gehört haben, Herr Tagesblatt-Referent?). Als der Vorsitzende einen unserer Redner mit dem Zornes unterbroch „wir brauchen keine Belehrung, der Vortrag war gut genug“, richtete dieser die Frage an die Versammelten: „ob denn einer von ihnen durch das vom Dr. Lindwurm Gesagte belehrt sei, ob man irgend etwas dabei lernen können“, worauf von allen Seiten mit „nein, gar nichts“ geantwortet wurde, und gerade Mitglieder des Vereins waren es, welche am lautesten diese Antwort gaben. Darob große Entrüstung am Vorstandstische, und es währte längere Zeit bis die „geehrten Herren“ wieder zur Ruhe gebracht wurden. Darauf erhielt der Dr. mit Uebergang derjenigen, welche sich noch zum Worte gemeldet hatten, das Schlüsselwort und die Versammlung wurde geschlossen. Privatim wurde dann allerdings noch mit dem Herrn Dr. verhandelt und ihm und seiner Sippschaft der Standpunkt klar gemacht, — helfen wird's freilich nichts, die Leute brauchen nun einmal keine „Belehrung“. Kurz nach Mitternacht zogen die Sozialdemokraten befriedigt von dannen, der Lindwurm mit seinen wenigen Getreuen zog sich zurück ins Gastzimmer und — erholte sich von seinem Vortrage.

**Briefkasten**

der Expedition. F. Heddy Waldenburg Schr. 2 Thlr. A. Jgkr. das Schr. 2 Thlr. Arb.-Ber. das. Ann. 16 Gr. A. Ob Hamburg Schrift 4 Thlr. Th. Ab Frankfurt Schr. Thlr. 12 17. Kempnerver. das. An. 18 Gr. Herm. Pöhr Odhny Schr. 26 Gr. Wlps Hannover Ab. 2. O. 15 Thlr. Stg Gekendorf Schr. Thlr. 8 11 8. Metall.-Gewerkschaft das. Ann. 29 Gr. Kimmur. u. Co. München Schr. Thlr. 2 21. Ann Reunbof Ab. 2. O. Thlr. 10 16 6, Ann. 8 Gr. Arb.-Bild.-Verein Leipzig Ann. 25 Gr. Metallarb.-Gewerkschaft hier Ann. 20 Gr.

**Bund f. pol. Gemahregelic.**

B. Webergewerkschaft Geringwalde 2 Thlr., Sängerklub der Rothp hier gel im neuen Schützenhause 3 Thlr.

**Anzeigen re.**

**Berlin** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 29. Juni, Abends 8 Uhr:  
Öffentliche Parteiverksammlungen:  
1) Prinzenstr. 72 bei Carins, oberer Saal.  
a) Die Entwicklung der modernen Productions-Verhältnisse. Vortrag des Hrn. Heiland.  
b) Der Prozeß Körner.  
2) Landwehrstr. 11 bei Reister, oberer Saal.  
a) Die Macht und Unabwiderlichkeit der Socialdemokratie. Vortrag des Herrn Siemens-Gesenberg. (Derselbe tritt im Laufe dieser Woche seine Anonall. Post in Pöhrhose an.)  
b) Der Prozeß Körner.  
In beiden Versammlungen werden keine Placate auszugeben.  
Parteilgenossen! Seid unermüdetlich in Eurem Eifer für unsere gute Sache.  
Das Agitations-Comité.

**Berlin** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Sonntag, den 5. Juli, Vormittags 10 Uhr:  
Geschlossene Mitglieder-Versammlung  
im königlichen Casino, Or Frankfurter Straße 77  
Bericht des Herrn Risse über das Resultat der Commission für

Änderung des Programms. Wahl der Delegirten zum Parteicongress. Verschiedenes.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht ein es jeden Parteigenossen zu erscheinen. Gleichzeitig ersuche ich die Steuern zu berichtigen da nur diejenigen auf dem Congress vertreten werden, welche ihren Pflichten nachgekommen sind.  
A. Heinsch, Vertrauensmann.

**Bremen** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 29. Juni, Abends 8 1/2 Uhr:  
Mitglieder-Versammlung  
im Stuttgarter Hof, Grasstr. 30, Hof part.  
Tagesordnung: 1) der Parteicongress; 2) Parteiangelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher Parteimitglieder ist unbedingt notwendig. Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt.  
Jeden Montag Abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung Grasstr. 30. Jeden Sonnabend Abends: Lesabend, Faulenstraße 29.  
Der Vertrauensmann.

**Cöln** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Mittwoch, den 1. Juli, halb 9 Uhr: Versammlung bei Breun Eigelstein 25. — Tagesordnung: Beratungen über den Congress Delegirtenwahl und Besprechung der Parteibekämpfung.  
Um recht zahlreichen Besuch bittet  
Der Vertrauensmann.

**Eisenach** Das Arbeiterbrüderungsfest findet Sonntag den 5. Juli statt. Die Feste die mit der Reichstagsabgeordneter W. Liebkecht. Alle Partei- und Gewerkschaften von Ray und Fern sind freundlich eingeladen und werden die auswärtigen Theilnehmer ersucht, bis Sonntag Mittag 12 Uhr hier einzutreffen. Ein an reich Schließen erkranktes Comité wird am Bahnhof die Auswärtigen empfangen. Es ist wünschenswert, daß diejenigen, welche im Besonderen einer Fahne sind, dieselbe mitbringen.  
Um nähere Auskunft wolle man sich wenden an  
Fr. Siffey 126 C.

**Esslingen** Sozialdemokratischer Arbeiterverein.  
Samstag, den 27. Juni: Versammlung im Lokal (zum Rathsteller). — Tagesordnung: 1) Bericht der Delegirten von der Landesversammlung, 2) Besprechung über den Congress, 3) Sonstige wichtige Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet  
Der Ausschuss.

**Gohlis** Arbeiterverein.  
Montag, 29. Juni, Abends halb 9 Uhr: Versammlung im Bierkeller (Kuhlsch.).

**Hamburg** Kreis für die Töpfer Deutschlands.  
Wir machen darauf aufmerksam, daß unser Arbeitsnachweis-Bureau sich in Hamburg, große Rosenstr. Nr. 37, bei Herrn Hübnner, befindet; wir ersuchen alle Töpfer, die sich auf der Reise befinden, dieses zu berücksichtigen und nur von unserem Bureau sich Arbeit stellen zu lassen.  
[2a]

**Leipzig** Arbeiterbildungsverein.  
Sonntag den 28. Juni:  
**Sommer-Fest**  
in den Räumen des Gohlshofs „Der goldenen Krone“ in Connewitz. Mitglieder, Gönner und Freunde des Vereins sind zu zahlreicher Theilnahme eingeladen.  
Da das Königl. Gerichtamt II hier öffentliche Kasse im Festlokal zu führen bei Strafe verboten hat, machen wir die Festtheilnehmer darauf aufmerksam, daß Programm von Morgen an zu jeder Tageszeit, sowie in den Abendstunden nur im Vereinslokal und in der Expedition des „Volkstaat“ zu haben sind.  
Der Vorstand.

**Leipzig** Allgemeiner deutscher Schneiderverein.  
Dienstag, den 30. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung Gewandgäßchen 4, 1. Et. — T. O.: 1) Soziale Rundschau. 2) Besprechung einer wichtigen Vereinsangelegenheit. 3) Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Resonanten werden ersucht, an diesem Abend ihren Pflichten nachzukommen.  
D. B.

**Leipzig und Umgegend** Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Jeden Montag, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Fröschel, Nicolaisstraße Nr. 38, Hof 1 Tr. — T. O.: 1) Vortrag. 2) Gewerkschaftliche Angelegenheiten.  
Alle diejenigen, welche Protokolle von der diesjährigen Generalversammlung haben wollen, können sie den Montag besorgen.  
Es wird nochmals bekannt gemacht, daß vom 1. Mai d. J. der Extrastruer von 2 Gr. pro Mann zu bezahlen ist.  
Aufnahme neuer Mitglieder.

**Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.**

Hiermit gehen wir allen Genossenschaftsmitgliedern bekannt, daß die diesjährige ordentliche

- Generalversammlung**  
Montag, den 20. Juli, Morgens um 8 Uhr, im Saale des Kurgartens zu Coburg stattfindet.  
T. O.: 1) Jahresbericht und Rechnungslegung der Jahresrechnung.  
2) Feststellung der Dividende und Beschluß über die Vertheilung von Ueberschüssen.  
3) Feststellung des Verwaltungsjahres-Stats.  
4) Beratung über die Reorganisation der Genossenschaft auf Grund des deutschen Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868, die unbeschränkte Haftung betreffend.  
5) Wahl des Vorstandes.  
6) Bestimmung über den Sitz des Aufsichtsrathes.

Die Mitglieder werden ausgerufen, entweder persönlich oder durch Stellvertretung an der Generalversammlung Theil zu nehmen. Laut § 15 des Statuts sind jedoch nur solche Mitglieder zur Abstimmung z. B. berechtigt, welche mit ihren Beiträgen zu den Genossenschaftsanteilen nicht länger als drei Monate im Rückstande sind.  
Mitglieder, welche sich auf der Generalversammlung vertreten lassen wollen, haben sich an den Aufsichtsrath bezugs Uebermittlung eines abgeimpften Vollmacht-Exemplars zu wenden. Wohnen mehrere Mitglieder an einem Orte, so ist ihnen zu empfehlen, sich gemeinschaftlich die Vollmacht-Exemplare von untenstehender Adresse zu verschreiben.  
Hamburg, 24. Juni 1874.

**Der Aufsichtsrath:**  
J. A.  
Rub. Praak, Vorsitzender.  
Aug. Weiß, Ködligsmarkt 12.

**Die Hutfabrik-Genossenschaft**  
Kleine Fleischergasse 20  
in Leipzig  
empfehle ihr Lager in  
Fell- und Seidenhüten neuester Façon  
zu den billigsten Preisen. Reparaturen gut, schnell und billig. [13 S.]  
Herrn Klausner, Kupferdrucker, verleiht in Stuttgart, ersuche ich mir schuldigen 2 fl. 32 kr. baldigst zuzusenden.  
Frankfurt a/M. L. Kalb, Judengasse 156.  
Offen ist für Herren eine Schlafstelle. Leipzig, Hobestraße 28, 1 Tr. rechts.  
Leipzig: Hermann, Redakteur: W. Pfeiffer. (Redaktion u. Expedition: Zeilstr. 14.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.